

mitte drin

Ausgabe 06 / 2014 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Alexanderplatz und City Ost

Neu denken, weiterbauen und nicht zerstören!

Am 8. Mai 1945 lag die alte Berliner Mitte in Schutt und Asche. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sie ihre Funktion und Gestalt in der aufstrebenden Metropole stark verändert.

Zu dieser Zeit entstand auch das neue Zentrum im Westen. Im geteilten Berlin wurden die Zentren in Ost und West faktisch auf den Trümmern neu gestaltet. Im vereinigten Berlin sind City Ost und City West unbestrittene Ankerpunkte der polyzentralen Stadtentwicklung.

Der Alexanderplatz ist ein schicksalhafter Ort für Berlin. Als er vor über 200 Jahren seinen Namen erhielt, war er noch ein recht unansehnlicher Platz vor den Toren der Stadt, seit Mitte des 19. Jahrhunderts kulminiert hier die Entwicklung Berlins zur Metropole. Alfred Döblin hat dem Platz ein literarisches Denkmal gesetzt. Seit 1990 ist er einer der prominentesten Streitfälle im wieder vereinigten Berlin. Und trotz aller Unkenrufe funktioniert der markante Ort als Verkehrsknoten, Treffpunkt und

Einkaufszentrum und beeindruckt wegen seiner besonderen großstädtischen Aura.

Was fehlt? Was regt auf? Es muss sich etwas ändern, keine Frage, aber wie? Der Hochhausplan für den Alex ist mehr als 20 Jahre alt. Aber nicht alles was lange währt, wird gut. Wir brauchen endlich ein Umdenken. Dafür hat die Linke im Abgeordnetenhaus schon im Sommer 2013 ein inhaltliches Angebot gemacht. Die SPD-CDU-Koalition hat die Behandlung unseres Antrages lange blockiert und gewartet, bis der umstrittene Wettbewerb für das Hines-Hochhaus entschieden worden ist.

Nun endlich gibt es Bewegung, will auch die Koalition tätig werden. Es gibt Prüfaufträge an den Senat: wie der Alexanderplatz unter Berücksichtigung des Bestands weiterentwickelt werden kann. Das ist zunächst ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Prüfung der Denkmalwürdigkeit einzelner Bestandsbauten soll erfolgen. Auch das finden wir richtig. Die Prüfung läuft zum Glück schon und sollte zügig zu einem Ergebnis führen. Nicht dass



Der Alexanderplatz – Wahrzeichen Berlins

die Investoren schneller sind! Neben dem Denkmal Haus des Lehrers sollten das Haus des Reisens und das Haus des Berliner Verlags geschützt werden. Zu den Hochhausplänen gibt

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wie kommt Berlin zu mehr bezahlbarem Wohnraum?

Nur 15 Prozent der Berliner Wohnungen sind in öffentlicher Hand. Nicht genug, um den Markt wirksam zu bestimmen. Also Mietpreise bremsen und Zweckentfremdung verbieten? Das reicht nicht, sagt Carola Bluhm, MdA. Sie fordert eine neue Wohnungspolitik!

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

GRIPS – Lieblingstheater der jungen Leute im Wedding

In einer Spielzeit mindestens 40 Aufführungen im Monat. Das kann sich sehen lassen! Was da auf der Bühne abgeht, das bewegt die jugendlichen Zuschauer. Es sind ihre Fragen, auf die sie Antwort wollen. André Ullmann vermittelt einen Überblick.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

ExRotaprint – pffiffige Menschen, eine gute Adresse

Bildende Künstler machten vor zehn Jahren den Anfang. Heute haben verschiedene Sozialprojekte, auch Musiker, Fotografen, Film- und berufspädagogische Projekte hier ihren Platz. Rainer Scholz erläutert, wie Immobilien-Spekulation hier gestoppt wurde.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen in Mitte

Die Wahlen zum Europäischen Parlament – Wie sind die Ergebnisse zu bewerten?

Mit Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments

Donnerstag, 26. Juni, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Teure Sparmaßnahmen

Heiß war es an diesem Donnerstag. Die Luft stand geradezu im Saal. Es war Hochsommer bereits im Mai und dennoch hatte sich die BVV nach der langen Osterpause viel vorgenommen. Doch nicht nur das Wetter war heiß, auch die Debatte, und das gleich in zweifacher Hinsicht.

Zum einen lag das an der Großen Anfrage der LINKEN zur Auslagerung von Leistungen. Wir wollten vom Bezirksamt wissen, wie weit der Personalabbau im Bereich der Sportwarte bereits vorangeschritten ist und vor allem, wieviel dies den Bezirk kosten wird. Hintergrund ist das Bestreben des SPD-geführten Senats, die Anzahl der Beschäftigten in den Bezirken auf berlinweit insgesamt 20.000 zu begrenzen. Vom Bezirk Mitte wird dabei ein Abbau von 224 Vollzeitstellen gefordert.

Doch bereits jetzt ächzt der Bezirk unter den Einsparanstrengungen der vergangenen Jahre und kann daher viele Aufgaben schon lange nicht mehr umfassend erbringen. Als erstes wurden die Leistungen der Rathauspfortner „ausgelagert“. Dies kostet den Bezirk mehr, die Arbeitsbedingungen der „fremdvergebenen“ Einlasskräfte haben sich verschlechtert. Jetzt geht man an die Sportwarte heran. Sportanlagen sollen künftig entweder an kommerzielle Träger übergeben oder es sollen sogenannte Schlüsselverträge mit Sportvereinen geschlossen werden. Es gibt keine gesicherten Zahlen, wieviel die Fremdvergabe dieser Leistungen den Bezirk eigentlich zusätzlich kosten wird.

Die beabsichtigte „Auslagerung“ der Grünflächenpflege würde den Bezirk mehrere Millionen Euro zusätzlich kosten. Der Senat bot den Bezirken, die besonders hohe Personalabbauraten erbringen müssen, an, ihre Abbauzahlen bis 2020 zu strecken. Dieses Angebot wurde vom SPD-geführten Bezirksamt ausgeschlagen. Der Bezirksbürgermeister will den geforderten Personalabbau bis 2016 durchdrücken. Den Einsparungen an Personalkosten stehen gravierende Mehrkosten in Millionenhöhe durch Fremdvergabe der Leistungen gegenüber! Womit die aber ausgeglichen werden sollen, bleibt bislang unbeantwortet.

Noch ein zweites Thema beherrscht diese BVV. Seit Monatsbeginn gilt

in Berlin die neue Zweckentfremdungsverbotsverordnung für Wohnraum. Wir haben dieses Vorhaben des Senats immer als zu weich, zu lasch und mit zu vielen Schlupflöchern versehen kritisiert – als „zahnlosen Tiger“ sozusagen. Nun ist die Verordnung aber in Kraft und es gilt, das Beste aus ihr zu machen. Der für die Umsetzung zuständige Bezirksstadtrat Herr von Dassel (Grüne) möchte diese Aufgabe in Mitte zentralisieren, sie also stellvertretend für alle Bezirke für ganz Berlin übernehmen. Die meisten der anderen Bezirke begrüßen dies und gerade für Mitte bräuchte dies viele Vorteile, denn die einzelnen Bezirke sind in sehr unterschiedlichem Maße von dem Problem betroffen.



Falko Looff

Ohne Zentralisierung wären in Mitte höchstens vier Mitarbeiter für diese Aufgabe abgestellt, so wären es 34 für die ganze Stadt und sie könnten ihre Kräfte dort bündeln, wo der Bedarf am größten ist. Der Senat hat bereits die Übernahme der Personal-, Sach- sowie der zu erwartenden Rechtskosten zugesagt. Dennoch bleiben aber auch Risiken und Unwägbarkeiten, denn niemand kann heute wissen, wie gewaltig letztlich die Klageflut sein wird und in welcher Qualität auch ein Stab von 34 Mitarbeitern des Gesamtproblems Herr werden kann. Auch dieses Thema wird uns also weiter beschäftigen. **Falko Looff**

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u.a.**

Wie ist der aktuelle Stand des Personalabbaus im Bereich der Sportwarte? In welchem Umfang und zu welchen Konditionen wurden bisher von den Sportwarten des Bezirks erbrachte Leistungen an kommerzielle Anbieter ausgliedert und in welcher Höhe rechnet das Bezirksamt mit Mehrkosten für die Aufgabenwahrnehmung durch Dritte? Wer wird dafür aufkommen? Hat das Bezirksamt der Forderung des §7 der Landeshaushaltsordnung entsprochen, wonach bei Ausgliederung von Leistungen vorab durch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nachgewiesen werden muss, dass diese durch Private „wirtschaftlicher“ erbracht werden können, was haben die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des Bezirksamtes diesbezüglich ergeben und wie kann es dann sein, dass durch die Vergabe Mehrkosten entstehen?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1392/IV)

Wie positioniert sich das Bezirksamt zu den Vorwürfen, die Stadtentwicklungssenator Müller und Vertreter der Fraktionen im Abgeordnetenhaus in der Debatte zum Thema Alexanderplatz in der Aktuellen Stunde am 8. Mai 2014 gemacht haben, wonach der Bezirk nicht genug tue, um das Erscheinungsbild des Alexanderplatzes deutlich zu verbessern? Welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, die Aufenthaltsqualität auf dem Alexanderplatz deutlich zum Positiven zu verändern? Wie positioniert sich das Bezirksamt zum gefassten Beschluss des Abgeordnetenhauses, wonach die 20 Jahre alte Planung für den Alex überarbeitet werden solle und wie wird sich das Bezirksamt in die öffentliche Diskussion um die Zukunft des Alexanderplatzes einbringen? Wie wird die Bezirksverordnetenversammlung Mitte beteiligt werden?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1396/IV)

Die Linke – Fraktion in der BVV

Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

jeden Mittwoch von 09.30 – 11.30 Uhr und am ersten Montag von 16.30 bis 18.00 Uhr

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon. 901 82 45 65

Erfolgreicher Volksentscheid –

Ohrfeige für den Senat

Die BerlinerInnen haben dem Senat mit ihrer Zustimmung zum Volksentscheid „100% Tempelhofer Feld“ klar zu verstehen gegeben: So nicht! Ohne eine faire, ergebnisoffene Bürgerbeteiligung soll nach dem Willen der BerlinerInnen die Landesregierung keine städtebaulichen Großprojekte mehr initiieren.

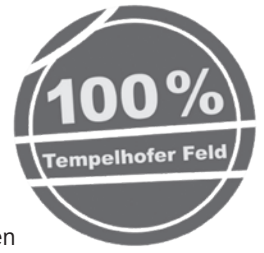
Am Abend des Wahlsonntags gab es mit knapp 65% der abgegebenen Stimmen für den Gesetzesentwurf der Bürgerinitiative „100% Tempelhofer Feld“ ein eindeutiges Votum gegen eine Bebauung der weltweit einzigartigen innerstädtischen Freifläche und für den gestalterischen Freiraum der BerlinerInnen hinsichtlich ihrer Freizeitaktivitäten. Fast noch wichtiger ist die mehrheitliche Ablehnung des vom Senat vorgelegten Gesetzesentwurfes.

60% Gegenstimmen verdeutlichen, welches Misstrauen die BerlinerInnen der Landesregierung, allen voran dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, der bis zuletzt gegen die Bürgerinitiative gekämpft hatte, entgegenbringen.

Rückblickend auf den knapp gescheiterten Engerievotumsentscheid, der im Gegensatz zu „100% THF“ die Lebenswelt aller BürgerInnen der Stadt betraf, waren die Prognosen für einen positiven Ausgang des aktuellen Volksentscheids eher zurückhaltend. Gerade 3 der 12 Berliner Bezirke wären mit der Bebauung des Feldes direkt konfrontiert gewesen. Dennoch haben sich die BürgerInnen in der ganzen Stadt gegen die Senatspläne gewandt. Auch die aufwendige Kampagne des Senats gegen die Bürgerinitiative, die intensive

Lobbyarbeit von SPD und CDU als auch die verschleiernenden Formulierungen auf dem Wahlzettel waren erfolglos. Die BerlinerInnen haben gezeigt, dass sie intransparente Machenschaften der Landesregierung hinter dem Rücken der Bevölkerung nicht länger dulden. Die BerlinerInnen haben deutlich gemacht, dass sie in der Lage sind, vernunftorientierte Entscheidungen ohne den Senat zu fällen, der Senat es aber besser unterlassen sollte, ohne die BürgerInnen zu planen. Künftig wird keine Landesregierung mehr bei der Planung von städtebaulichen Großprojekten eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung aussparen können. Hier hat die Hauptstadt Vorbildcharakter.

Christian Otto



Wahl zum Europaparlament:

Die Linke gewinnt in der Peripherie

Schaut man sich die Ergebnisse der Europawahl genauer an, so fällt auf, dass die linken Parteien in der sogenannten „Peripherie“ der Europäischen Union zugelegt haben, wohingegen im „Zentrum“ die Rechtspopulisten gewannen.

Den größten Sieg trug die linke Partei SYRIZA in Griechenland davon: sie erhielt 26,6 Prozent und wird damit sechs Abgeordnete in das Europaparlament entsenden können. Damit konnte SYRIZA das gleiche Ergebnis wie bei den nationalen Parlamentswahlen im Juni 2012 einfahren. Der Spitzenkandidat und Parteivorsitzende von SYRIZA, Alexis Tsipras, fordert nun Neuwahlen, denn dieser erderschütternde Sieg der Linken ist ein Schlag ins Gesicht der Regierung und zeigt, wie stark die Sparpolitik der Regierung von der Bevölkerung abgelehnt wird.

Auch Spanien ist nach links gerückt: die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu 2009 verdreifachen: sie wuchs von 3,7 Prozent auf 9,9 Prozent an

und kann nun 6 Abgeordnete nach Brüssel schicken. Eine Überraschung ist die neue antikapitalistische Partei in Spanien, die Podemos („Wir können es.“). Sie ging aus der Indignados-Bewegung hervor und errang, obwohl von den Medien ignoriert, 8 Prozent (5 Sitze).

In Portugal war der zweite Wahlgewinner die linke CDU (Demokratische Vereinte Koalition), die aus der kommunistischen und der ökologischen Partei besteht. Sie konnte von 10,6 Prozent im Jahre 2009 auf 12,7 Prozent bei der jetzigen Wahl anwachsen. Die kommunistische Partei, mit einer langen Tradition und tiefen Verwurzelung in der Bevölkerung, hatte es geschafft, ihre Nähe zu den Gewerkschaften zu nutzen und den Protest gegen die Troika-Politik in Wählerstimmen umzumünzen. Leider ist das dem linken Bloco in Portugal nicht gelungen. Er ist einer der Wahlverlierer in Portugal (sechs Prozentpunkte weniger als 2009) und hat viele Wähler an die neue grüne Protestpartei MPT verloren. Auch in Italien konnten die linken Parteien einen Erfolg einfahren: die Rifondazione

Comunista und die sozialistische Partei SEL entschlossen sich, auf einer gemeinsamen Liste „L'Altra Europa con Tsipras“ (Ein anderes Europa mit Tsipras) zu kandidieren und übersprangen knapp die 4-Prozent-Hürde. Damit ist die italienische Linke seit 2009 erstmals wieder im Europaparlament vertreten.

Besorgniserregend ist, dass in zwei großen Mitgliedstaaten, die wirtschaftliche und politische Schwergewichte in der EU sind, jeweils eine rechtspopulistische Partei als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen ist. In Frankreich wurde der Front National mit 25 Prozent der Stimmen gewählt (2009 waren es nur 6,3 Prozent). Ähnlich in Großbritannien: die UKIP verbesserte sich von 16 Prozent in 2009 auf 27 Prozent. Es scheint, als würde in den Mitgliedstaaten des Südens, die arg von der Krise gebeutelt werden, ein leichter Schwenk hin zu linken Parteien stattfinden, während im sog. „Zentrum“, das die Krisenfolgen noch nicht so stark spürt, die Rechtspopulisten stark werden. **Manuela Kropp, Basisgruppe Brüssel**

Fortsetzung von Seite 1: **Alexanderplatz und City Ost**

es bislang keine befriedigende Antwort. Keine Absage an das Hochhaus neben dem Alexa, das die Sichtachse von der Karl-Marx-Allee zum Fernsehturm massiv stören würde, auch hier lediglich ein Prüfauftrag. Aber das reicht nicht: Maßstab und Stadtbild prägend ist und bleibt der Fernsehturm. Das Hochhaus am Alexa

muss weg! Es könnte den laufenden Antrag zur Aufnahme des Ensembles ins Weltkulturerbe gefährden.

Die Linke unterstützt einen kooperativen und beteiligungsorientierten Planungsprozess. Doch was beabsichtigt die Koalition? Vielleicht sollen wir sie so verstehen: Am alten Masterplan

hält sie fest und lässt sich nur auf punktuelle Änderungen ein? Der Alex braucht zuerst ein Gesamtkonzept und einen neuen Wettbewerb, das sehen nicht nur wir so. Es braucht vielfältige öffentliche Aktionen und Meinungsäußerungen, genauso wie die Fortsetzung der Debatte im Parlament. **Katrin Lomscher**

„ExRotaprint“ im Wedding

Gemeinnützigkeit vor Profit

Inmitten von Arbeitslosigkeit, Migration und Armut sticht im Wedding der ehemalige Industriestandort „ExRotaprint“ mit seiner durch die heutigen Nutzer selbst getragenen Entwicklung hervor.

Wer in der Gottschedstraße 34 im Wedding die Architektur der ehemaligen Rotaprint-Gebäude sieht, wird vielleicht nicht vermuten, dass es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft für Kunstprojekte, soziale Einrichtungen und Gewerbebetriebe handelt. Aber genau diese Kombination aus Kunst, Sozialprojekten und Gewerbe haben 2004

durch Presse und einzelne Politiker zu kaufen. Mit den Stiftungen hat die ExRotaprint gGmbH einen 99-jährigen Erbbaupachtvertrag geschlossen. Statt sich für den Grundstückskauf zu verschulden, können die Mieteinnahmen und Kredite nun für die dringend benötigte, behutsame Gebäudesanierung verwendet werden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer sich teilweise bereits heißlaufenden Immobilienspekulation im Bezirk Mitte verdient eine Unterbrechung der Spekulationsspirale durch gemeinnützige



Das Rotaprint-Gebäude – von der Industrieanlage zum Projektraum

bildende Künstler als neue Standortnutzung erarbeitet. Sowohl Kleingewerbe, das noch immer typisch ist für den Ortsteil, als auch Musiker, Fotografen, Filmer und auch berufspädagogische und andere Sozialprojekte sind einbezogen.

Der Druckmaschinenhersteller Rotaprint war trotz verschiedener Rettungsversuche und Senatsbürgschaften 1989 in Konkurs gegangen. Das ermöglichte dem Liegenschaftsfonds Berlin später, das Vermögen aufzuteilen und die Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen. Allerdings gab es für das ehemalige Produktionsgelände 18 Jahre lang keine Perspektive. Erst 2007 gelang es, sich mithilfe von zwei Stiftungen gegen die Spekulation mit Grund und Boden zu richten und das Grundstück nach langen Auseinandersetzungen und mit Unterstützung

Projekte auch sozialökonomische Beachtung. „Die Gentrifizierung droht dem Gebiet rund um die Reinickendorfer Straße zwar nicht im gleichen Maße wie der historischen Innenstadt, aber man kann schon von der obersten Etage des Fabrikgebäudes sehen, dass Luxus-Dachgeschosse entstanden sind“, sagt Daniela Brahm, eine der bildenden Künstlerinnen, die das Projekt erarbeitet haben.

Rainer Scholz

Die Mittendrin jetzt auch Online erleben:

- ▶ www.die-linke-mittendrin.de und auf Facebook unter
- ▶ www.facebook.com/linke.md

Bei anderen gelesen

▶ Reichtumsförderung ist keine Armutsbekämpfung

Armut und Reichtum sind Gegensätze, aber in gewisser Weise auch zwei Seiten einer Medaille. Wenn die Geringverdiener/innen auf Grund der sie selbst besonders hart treffenden Krisenfolgen häufiger ihr Girokonto überziehen und hohe Dispo-Zinsen zahlen müssen, werden die Eigentümer der Banken noch reicher. Und wenn noch mehr Familien beim Lebensmittel-Discounter einkaufen müssen, um über die Runden zu kommen, häufen die Eigentümer solcher Discounterketten wie Aldi und Lidl, die in ganz Europa zu den Vermögendsten gehören, noch mehr Privatvermögen an.

„Focus“, 22.05.2014

▶ Ratlose Revoluzzer – „Dritte Generation Ostdeutschland“

Die dritte Generation Ostdeutschlands hat es geschafft, die Debatte über die neuen Länder neu zu beleben. Nun zerfällt diese Bewegung. Was ist da bloß geschehen? Dieses Bündnis von Menschen, die den Mauerfall als jugendliche erlebten, residiert seit einigen Monaten fürstlich. Das frisch bezogene „Hauptstadtbüro“ hat die Anschrift: Unter den Linden 12. Wenn Revolutionäre beginnen, selbst wie Fürsten zu leben, dann ist es mit der Revolution schnell vorbei. Die dritte Generation ist jene, der 1990 die ganze Welt offen stand. Viele aus der zweiten Generation, der Elterngeneration, sahen dagegen mit der Einheit ihr komplettes Leben entwertet, verzweifelten schier an der neuen Welt.

„Die Zeit“, 19.05.2014

▶ Eine Stadt sieht rot – Verkehrssicherung in Berlin

„Die Ampelfrauenquote ist nur eines der Projekte für mehr Verkehrssicherung. Doch blinkende Ampeln und Countdown-System überzeugen die Berliner nicht. Um die Fußgängersicherheit in Berlin ist es nicht gut bestellt. An 16 Anlagen ist zwischen rotem Männchen oben und grünem darunter ein weiteres Signal angebracht. Wenn man sich beeilen sollte, leuchten dort gleichzeitig zwischen rotem Männchen weiße Streifen auf, die nun Fußgängerübergänge zeigen sollen.“

„Der Tagesspiegel“, 22.05.2014

Kurznachrichten

► *Der kleine Unterschied macht immerhin drei Jahre aus*

Frauen leben länger als Männer. Diesen internationalen Durchschnittswert ermittelte die Weltgesundheitsorganisation WHO. Japans Frauen erreichen danach das höchste Durchschnittsalter mit 87 Jahren. Bei den Männern halten die Isländer die Spitze. Sie werden im Durchschnitt 84 Jahre alt. Dieser rein statistische Wert kommt zustande, weil die Kindersterblichkeit beträchtlich gesenkt werden konnte. Sie hat großes Gewicht bei der Ermittlung der wahrscheinlichen Lebenserwartung der heute Geborenen.

► *Nichts ist gleich besser, weil "NEU" draufsteht*

Das gilt für neue Medikamente, die oft nicht mehr nutzen als die gewohnten. Aber sie sind natürlich stets wesentlich teurer. Das ergab eine offizielle Prüfung, die das höchste Gremium des Gesundheitswesens, der Gemeinsame Bundesausschuss, vorgenommen hat. Einen "beträchtlichen Zusatznutzen" erkannten die Prüfer nur bei einem Fünftel der neuen Präparate - bei 14 von 73! Das könnte ja eventuell eine Preisänderung rechtfertigen. Wie beträchtlich der Zusatznutzen ist, den die anderen 59 "Neuheiten" ihren Produzenten einbringen, wurde nicht ermittelt.

► *Bremst die "allgemeine Wirtschaftslage" deutsche Wanderlust?*

Die so genannte Binnenwanderung (die Abwanderung von einem in ein anderes Bundesland) war in den vergangenen zehn Jahren rückläufig. Während 2002 noch mehr als 140.000 Menschen binnenwanderten, unternahm 2012 nur noch etwa 43.000 einen solchen Schritt. Vor allem die Abwanderung aus Ostdeutschland sei gestoppt worden, vermerkt eine aktuelle Untersuchung. Dies sei ein Ergebnis der allgemeinen Wirtschaftslage.

► *Wenn Kinder und Jugendliche unauffindbar verschwinden*

Alljährlich werden in Deutschland etwa 50.000 Kinder und Jugendliche als "vermisst" gemeldet.

Die meisten finden sich wenig später wieder ein. Sie waren "bloß mal ausgerissen". Aber einige bleiben verschwunden, sind unauffindbar! Aktuell gelten in Deutschland mehr als 1.600 Kinder und Jugendliche als vermisst.

Menschen in Mitte

Hilfe zur Selbsthilfe für Moabiter Schüler

Quartiersrätin Vanessa Findling

Der Vater Chemieingenieur, die Mutter in einem Theater Gewandmeisterin, wuchs sie in Nürnberg schon zwischen zwei Welten auf. Sie rechnet mit Begeisterung, malt aber auch gern Bilder, arbeitete jüngst mit an einem Theaterprojekt und studiert Maschinenbau an der Berliner TU. „Aber vor allem stecken viel soziales Empfinden und Begeisterungsfähigkeit in mir, engagiert zu sein für Menschen, die Hilfe brauchen, die sich verwirklichen wollen, aber unter schwierigen Bedingungen leben“, hebt Vanessa Katharina Findling bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Interessen hervor.

Die junge dunkelhaarige Frau ist seit einigen Monaten eines der 25 Mitglieder des neugewählten Quartiersrates von Moabit-West.

Mit ihrer 7-jährigen Tochter lebt sie inmitten des dicht bewohnten Stadtteils. „Dort stoße ich ständig auf die Probleme der Menschen, auf viel Armut und Hilflosigkeit“, bemerkt sie. „Nachbarn brachten mich auf die Idee, mich vor Ort sozial und politisch zu engagieren“. Von den vielseitigen Aufgaben des Quartiersrates hat sie das Projekt „Tag des Handwerks“ in ihre Verantwortung genommen. „Zum dritten Mal seit 2012 stellen sich am 19. und 20. September die verschiedensten Betriebe des Wohngebietes vor und zeigen dabei auch Möglichkeiten zur Ausbildung“, berichtet Vanessa Katharina Findling. Sie organisiert und koordiniert Besuche von Schulklassen in der Glaserei Asglas, der Spedition Craiss, dem Gebäudeservice Jahn und einem Dutzend weiterer Gewerbe, vermittelt Praktika und unterstützt die Berufsausbildung Moabiter Jugendlicher. „Das bedeutet für mich Hilfe zur Selbsthilfe, Perspektiven aufzuzeigen und Anstöße zu geben“, erklärt die Wahlberlinerin.

2010 war sie in die Hauptstadt gekommen, um zunächst auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachzuholen. Ingenieurin will sie werden, in ihrem zweiten Semester an der Technischen Universität gehört sie zu den zehn Prozent weiblicher Studierender im Fach Maschinenbau. „Ich habe das Glück, Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung zu sein“, freut sich Vanessa Katharina Findling. „Im Herbst reise ich auf Einladung des Europäischen Forums Alpbach zu einer

Diskussion mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über die Ausrichtung der europäischen Integration.“

Ihr besonderes Interesse gilt den erneuerbaren Energien. Sie denkt dabei an internationale Zusammenarbeit und vorrangig an Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe. „Da ist sehr viel machbar. Wann endlich wird Afrika seine starke Sonne für ausreichend Strom nutzen können?“, fragt sie.

Genau so wie sie als Quartiersrätin die Frage stellt, wann endlich alle Schulabgänger in Moabit über eine Lehrstelle zu einem erfolgreichen Berufsabschluss gelangen, um die Zukunft mitgestalten zu können. „Auf dem Weg dahin möchte ich ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“ In ihrem Kalender stehen schon konkrete Termine. Wünschen wir ihr bei der Realisierung optimalen Erfolg

Matthias Herold



Foto: Maria Conrad

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener:**

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin
- **Jeden Mittwoch im Monat** kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwälte **Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Das Haus ist weg

Erst sah es aus, als würde das Haus renoviert, rekonstruiert, mit Dachgeschoss versehen und verkauft.

Stattdessen wurde es kleiner. Jetzt ist es weg. Sophienstraße 23 ist eine Lücke mit Bauschrott, das Grün winkt aus der Gipsstraße. Hier wird gebaut, meinen Passanten, aber wer oder was, das wissen auch die italienischen Bauarbeiter nicht. Da geht's dem großen eingerüsteten gelben Haus am Koppenplatz vergleichsweise blendend. Rundum betreut, bebaut, beräumt, beschützt und beputzt heißt es, der neue Besitzer werde mit Patchworkgroßfamilie einziehen, und beim Bäcker munkelte wer über eine Bildergalerie der Gemahlin. Vielleicht wird das niedrige Hintergehäuse öffentliches Museum? Neugier gehört zum Kiez. Eine Tatsache ist, dass in der Torstraße 159 ein Vegetarian Café Bistro mit dem programmatischen Namen Shiloh feinste koschere Hausfrauenkost anbietet. Die Bibel berichtet, dass Shiloh, später zerstört, der Ort sei, an dem weiland die aus Ägypten geflohenen Juden im Stiftszelt beteten, bis der Tempel in Jerusalem errichtet war. Ein Gleichnis für Berlin, das damit ein großartig kleines Bistro mit Büchern auf English und Hebräisch gewonnen hat. Keren aus Israel hat

sich im Berliner Cateringbusiness schon einen Namen gemacht, am Schabbat ist geschlossen. Mir erzählte ein Rabbiner vom Wunder dieser Küche, die Nachbarschaft und junge Berliner Israelis haben es selbst entdeckt. Der berühmte NEW YORKER hatte gerade getitelt: SO LONG, ISRAEL, HELLO BERLIN! Das wissen Touristen. Ergänzend ist zu vermelden, dass der verkrampte KosherLife-Laden aus der Fehrbelliner sich in der Brunnen- / Ecke Anklamer Straße zum koscheren Supermarkt gewandelt hat. Am Schabbat geschlossen.

Auch Mittes Gaststuben verändern sich. Neu die Kantine Deluxe in der Spandauer- und das Streetfood auf Thai in der Ackerstraße, neu wird am Litfass-Platz eine Grill-Academy sein. Das Kaffee Burger trägt nun in Leuchtschrift den Namen New CCCP. So macht der Sommer auch auf Altdeutsche Laune, zeitgemäß nennt man es cool, wenn sich Menschentrauben auf öffentlichen Spiel-, Sport- und Ruheplätzen,



Eine Baulücke voller Geheimnisse

Grünanlagen und Parks räkeln. Berlin ist im Aufwind. Dafür sorgt vor allem die Generation Y, why gesprochen, und das heißt bekanntlich warum. **Irene Runge**

„Linie 1“ an der U9 – das Gripstheater

In der Nähe des Großen Tiergartens im Bezirk Mitte befindet sich der U-Bahnhof Hansaplatz.

Des Öfteren sieht man abends an dessen nördlichem Ausgang viele wartende Jugendliche. Aha, wenige Meter weiter, im GRIPS-Theater, ist also wieder eine Aufführung – eine von mindestens 40 pro Monat, die in einer Spielzeit über die Bühne gehen! Das Kinder- und Jugendtheater ist eine Institution in der Berliner Theaterszene.

Dass es sich zu einer solchen entwickeln würde, war keinesfalls ausgemacht, als einige Schauspieler des „Reichskabarett“ und der Dramatiker Volker Ludwig 1971 das Theater „Rote Grütze“ gründeten, das sie nach einem Jahr in GRIPS umtaufen. Bewusst als Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft konzipiert, wurde die Einrichtung Mitte der 1970er Jahre von der Springer-Presse angegriffen und Ludwig & Co. von der Berliner CDU als „kommunistische Kinderverderber“

gebrandmarkt. Doch die Angriffe nutzten dem GRIPS mehr, als sie ihm schadeten. Dass sich das Theater in der „Frontstadt“ halten konnte, war zum Teil der gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit zu verdanken, aber auch den neu geschriebenen Stücken, die stets das thematisierten, was den (jungen) Leuten unter den Nägeln brannte. Paradebeispiel ist natürlich das Musical „Linie 1“, preisgekrönt, international gefeiert und ein Dauerbrenner bis heute. In der Spielzeit 2011/12 übergab Volker Ludwig die Leitung an Stefan Fischer-Fels, die Stücke sind kritisch geblieben: So thematisiert das GRIPS heute wie früher aktuelle und brennende Fragen, etwa zur Gentrifizierung, zur Privatisierung von Wasser oder zu Migration.



Früh übt sich – ein Theater, das nicht nur Kinder zum Nachdenken anregt

Neu sind dagegen verschiedene Kooperationen, etwa „Theater auf Rezept“, bei dem Berliner Kinderärzte einen kostenlosen Besuch einer Vorstellung im GRIPS-Theater verordnen können. In dieser Spielzeit stehen noch vier Uraufführungen an, allesamt dem Aufbegehren und dem Widerstand, aber auch dem Nachdenken verpflichtet. Wie könnte es beim GRIPS auch anders sein?

Kontakt: GRIPS-Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin, Tel. (030) 39 74 74 77, www.grips-theater.de. **André Ullmann**

Eine neue Wohnpolitik muss her

Der SPD-CDU-Senat hat in den Jahren 2012 und 2013 rund 1500 landeseigene Wohnungen verkauft und der Verkauf von über 6000 weiteren Einheiten steht im Raum.

Mehr Wohnungen als laut Masterplan selbst am Tempelhofer Feld entstehen sollten. Der Senat konterkariert damit seine eigene Zielsetzung bis zum Jahr 2016 über 300.000 landeseigene Wohnungen zu besitzen.

Es muss eine neue Wohnpolitik her!

In Berlin gibt es fast zwei Millionen Wohnungen. Nur 15 Prozent davon sind in öffentlicher Hand. Der Staat kann mit so einem geringen Bestand nicht vernünftig agieren und reagieren. Das trifft vor allem ärmere Bevölkerungsschichten, wenn diese durch Mieterhöhungen in Wohnungsnot geraten. Die Folge ist, dass der Staat immer direkter in privates Wohneigentum eingreifen muss: Zweckentfremdungsverbot, Mietpreisbremse und viele andere Instrumente werden jetzt

eingesetzt. Sie sind nur wenig wirkungsvoll. Und schränken gleichzeitig die Rechte der Eigentümer ein. Es sind Symptombehandlungen eines überprivatisierten Wohnungsmarkts.

Keine Mietpreisbremse und kein Zweckentfremdungsverbot werden dafür sorgen, dass ein privater Vermieter den Ärmeren einziehen lässt, wenn jemand mit höherem Einkommen und Vermögen die Wohnung haben will. Und wenn sie es doch tun, lassen sie es sich vom Staat durch Subventionen teuer bezahlen.

Das wäre nicht nötig, wenn der Staat genug eigene Wohnungen hätte. Daher muss das langfristige Ziel einer neuen, vernünftigen Wohnungspolitik sein, den Bestand staatlicher Wohnungen stark zu erhöhen. Der Staat muss in die Lage versetzt werden, über seinen eigenen Bestand die sozialen Probleme zu lösen ohne privaten Vermietern kaum wirksame Vorschriften zu machen, die diese bei jeder Gelegenheit versuchen werden zu umgehen. Ziel sollte es sein, dass für jede Wohnung, die privat gebaut wird, der Staat eine staatliche



Wohnung baut oder kauft um langfristig den staatlichen Wohnungsbestand in Berlin von 15% auf 50% anzuheben.

Carola Bluhm

Partei Vorstand der LINKEN distanziert sich von den Montagsmahnwachen

Seit Mitte März finden in diversen Städten wie Berlin, Erfurt oder Hamburg sogenannte Friedensmahnwachen oder Montagsdemonstrationen statt. Organisiert werden sie zentral, von dem Berliner Veranstalter Lars Mährholz. Was sind das für Kundgebungen, bei denen immer wieder von Erwichen und einem Systemwandel die Rede ist?

Jeden Montag treffen sie sich am Brandenburger Tor. Mit der Forderung nach Frieden und Systemveränderung besetzen sie Themen, die für DIE LINKE an erster Stelle stehen. Allerdings sind Aspekte wie die zur Verschwörungstheorie aufgebaute Kritik an der FED (U.S.-Amerikanische Zentralbank), in Antisemitismus ufernde personalisierte Kapitalismuskritik und die wiederholte Behauptung, dass die politischen Kategorien Links und Rechts keine Bedeutung mehr hätten, Argumente aus dem rechten Lager. Auch übertriebene Medienschele gehört zum Standardrepertoire.

So kam schnell der Vorwurf auf, Lars Mährholz hätte Verbindungen zu Neu-Rechten und würde eine Querfrontstrategie

verfolgen. Untermauert wird der Verdacht durch das Auftreten rechtspopulistischer Redner und die fehlende Distanz zu Jürgen Elsässer. Der wurde vom ehemaligen Bundesvorsitzenden der NPD Holger Apfel als „Eisbrecher“ gelobt, „der auf nationaler Grundlage den Dualismus von Rechts und Links überwinden will“.

Auffällig ist, dass die Mahnwachen auf rechten Internetseiten wie Wissensmanufaktur und rechtseoterischen Verschwörungsseiten wie Kulturstudio gefeiert und beworben werden.

Trotzdem wäre es anmaßend, alle Kundgebungsteilnehmer dem rechten Milieu zuzuordnen. Was die meisten aber einen dürfte, ist der Hang zur Esoterik.

Daher stört sich auch kaum jemand daran, wenn davon gesprochen wird zu



Was sind das für Kundgebungen?

„erwachen“, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Die deutliche Distanzierung des Parteivorstandes der LINKEN von den Mahnwachen war ein logischer Schritt, der hoffentlich manchen Teilnehmer nachdenklich machen wird.

Claudia Jacob

Das ist das Letzte

Das Letzte, was neben der Europawahl zur Wahl stand, war für viele Berliner das Erste: Da ging es zur gleichen Stunde nicht nur um einen Kommissionschef in Brüssel, sondern um zwei grüne Lungen für Berlin. In Schmargendorf wird eine sehens- und lebenswerte Lauben-Kolonie per Volksbefragung verteidigt.

Und in Tempelhof geht es um Bebauung oder Erbauung auf dem ehemaligen Flugplatz. In beiden Fällen muss der Senat endlich lernen, dass die Einwohner in Fragen ihrer Lebensqualität – vom Müllschlucker bis zum Großflughafen – ein Mitspracherecht bei der Planung haben müssen. Die Ohrfeige für die Regierenden war also verdient! Was diesen Wahltag dennoch so traurig macht, ist der Beweis, dass auch die „Fürsten“ der EU nicht wissen, wie ihre Völker „ticken“. Die Hälfte der Wähler blieb wieder zu Hause. Die rechten Nationalisten rückten mit über 20 Prozent in das Europa-Parlament ein. Die Gier der Geldsäcke scheint wichtiger als der soziale Frieden. Die Bürokratie besiegt die Demokratie.

Multimillionäre werden Berater und Potentaten, während sich Schulz und Junker zufrieden auf die Schultern klopfen. Der Kern ist nicht die Euro-Krise, nicht der Ukraine-Konflikt, nicht die Torpedierung der Sozial-Union. Der heißgelaufene System-Konflikt ist die Vertrauenskrise zwischen den Völkern und den tonangebenden Volksvertretern! Chlorhühner, Gurken, Staubsauger und Duschköpfe sind nur „Blitzableiter“. Es geht um die Macht über den Markt!

Alle Regierenden wissen, dass 75% der Europäer gegen Aufrüstung und Waffenexporte sind. Aber alle verkünden, dass man Feuer am besten mit Öl löschen kann. Die Linken sehen das anders. Dennoch bleiben sie eine Minderheit, aber eine unbezahlbare, weil unkäufliche! Die Mehrheit der Wähler sollte wählerischer sein.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 26.05.2014

Ausgabetag für Nr. 07/2014 – 03.07.2014

Vielen Dank

an die vielen WahlkämpferInnen, die in den vergangenen Wochen in unserem Bezirk unterwegs waren und um Stimmen für die LINKE warben.

Vielen Dank

an die 15.990 WählerInnen aus Berlin-Mitte, die am 25. Mai der LINKEN ihre Stimme gaben!



Wir gratulieren nachträglich im Mai zum Geburtstag!

- Zum 98. Dora Buchwald
- zum 95. Gerhard Hiller
- zum 93. Anna Neuberger
- zum 89. Ingeborg Schlag
- zum 87. Gerhard Pfeiffer,
Sigrid Zimmermann
- zum 86. Gerhard Hanusch, Marlit Hartig,
Irmgard Tinz
- zum 85. Ursula Eberhardt, Lieselotte
Meschter, Sabine Nathan
- zum 84. Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer,
Annelore Hanusch, Hermann
Kähler, Kurt Pätzold, Ursula Witt
- zum 83. Eva Braun, Harald Freudenberg,
Ingomar Klein, Horst Rost,
Peter Urchs
- zum 82. Holger Petersen
- zum 81. Manfred Maser
- zum 80. Herbert Schulze, Peter Sobisiak
- zum 75. Günter Andrae, Johann Gross
- zum 70. Horst Bartsch

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 92. Margret Große
- zum 91. Minni Schnoor
- zum 90. Barbara Koritzky
- zum 89. Adelheid Fischer
- zum 88. Hermann Kant
- zum 87. Gerhard Knauthe, Maria Kühne,
Vera Tenner
- zum 86. Berndt Spekker
- zum 84. Friederun Fessen, Eveline
Luckmann, Erika Präg
- zum 83. Ruth Klein
- zum 82. Günther Behncke, Harry Gelhaar,
Sonja Müller, Hildegard Ritschel
- zum 81. Günter Herlt, Hasso Schlieffe
- zum 80. Irene Tollkühn